

# „Sicherer Hafen“ überzeugt nicht

Keine Mehrheit für Beitritt der Stadt zur Flüchtlingskampagne

Von Ingrid Böhm-Jacob

RHEINFELDEN. In der Flüchtlingsarbeit geht die Große Kreisstadt seit Jahren beispielhaft voran. Außer der Kommune engagieren sich zahlreiche Freiwillige im Freundeskreis Asyl mit Angeboten, die bei der Integration helfen. Trotzdem findet sich keine Mehrheit im beratenden Ausschuss für die Anfrage, ob die Stadt der Kampagne „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ beitrifft, um ein Signal an die Politik zu geben und Position zu beziehen. Nach engagierter und kontroverser Diskussion des Themas hat im April der Gemeinderat das letzte Wort dazu.

47 Städte in Deutschland sind nach Angaben von Dario Rago (Stabstelle Integration und Flüchtlinge) im Sozialausschuss „sichere Häfen“ und wollen damit im Sinne des Vereins „Mensch, Mensch, Mensch“, der sich als internationale Bewegung versteht, ein Zeichen setzen, in dem sie die Seenotrettung entkriminalisieren und für eine menschenwürdige Aufnahme eintreten.

## Stadt setzt ihre engagierte Integrationsarbeit fort

Diese Ziele stellt die Verwaltung keinesfalls in Frage, schwenkt aber dennoch auf einen anderen Kurs ein vor dem Hintergrund, dass die Stadt seit Jahren „intensive, hochengagierte Integrationsarbeit“ leistet und auch in Zukunft diese fortsetzen werde, um, so der Wortlaut der Empfehlung an den Gemeinderat, „Geflüchtete in die kommunale Bürgerschaft zu integrieren“. Obwohl die existenzielle Not der Geflüchteten auf See erkannt werde, vertreten Verwaltung und Sozialausschuss die Meinung, dass es an den Verantwortlichen in der Politik sei „eine eu-

ropäische Lösung zu finden“. Daran wird appelliert. Die mehrheitliche Empfehlung bei vier Gegenstimmen lautet deshalb, der Kampagne nicht beizutreten.

## Konkrete Maßnahmen oder symbolischer Akt

Der Wert von symbolischen Maßnahmen im Vergleich zu „konkreten und umsetzbaren Maßnahmen“ (Rago) stand in der Sitzung im Fokus. Als beratender Sachverständiger setzte sich Herwig Popken (Freundeskreis Asyl) dafür ein, „Solidarität zu zeigen“ mit Menschen, die im Mittelmeer ertrinken: „Das kostet kein Geld“. Dabei erinnerte er am Beispiel des Kreuzfahrtschiffes im Nordmeer, welcher Einsatz da geleistet werde und sofort „drei Hubschrauber kreisen“. Von einer „außergewöhnlichen Anfrage“ sprach Regina Wessely (SPD). Sie erklärte, dass eingesehen werde, die Zielsetzung zu unterstützen, frage sich aber, warum für einen Verein. „Was ist die Zielsetzung?“

Keine Mühe zeigte damit Joachim Kruse (Pfarrer Christusgemeinde). Er bezeichnete es als richtig, dass diese Anfrage auf den Tisch kommt „weil es zu unserer Stadt gehört“. Er sprach sich als Vertreter des „Zeichenhaften“ für den Wert des „Symbolischen“ in der Außenwirkung aus und stellte die Frage: „Was würde man gewinnen oder verlieren?“. Für die CDU gab Eckhart Hanser zu erkennen, dass es sich um ein „heikles Thema“ handle, denn „keiner will, dass Flüchtlinge ertrinken“. Allerdings erschien ihm Rheinfelden als sicherer Hafen als „zuwenig griffig“ und mit dieser Meinung war er nicht allein.

Einig waren sich im Ratsrund alle Redner, dass das Handeln die Aufgabe des Land es sei. Weniger übereinstimmend fielen dagegen die Bewertungen der Qualität der symbolischen Handlung für die Stadt als „sicherer Hafen“ aus.



Bisher findet sich keine kommunalpolitische Mehrheit, damit die Stadt der Kampagne „sichere Häfen“ beitrifft.

FOTO: DPA

Beim Austausch der Argumente, bei dem Hanser anregte, dass die Stadt über den Städtetag versuchen soll, eine „Initiative zu finden, die besser geeignet ist“, entstand in Zusammenarbeit von Cornelia Rösner (Familie, Jugend, Senioren) und Bürgermeisterin Diana Stöcker eine modifizierte Empfehlung an den Gemeinderat. Der Aussagekern lautet aber weiter, der Kampagne nicht beizutreten. Dazu trug auch Stöckers Ausführung bei, dass jede Stadt den „sicheren Hafen“ anders in der Konsequenz definiere. Dadurch werde die Aktion „beliebig“. Ziel müsse eine europäische Lösung sein.

## INFO

### INTEGRATION

Nach einer Statistik der Stadt (Integrationsmanagement) wurden in der GU (Gemeinschaftsunterkunft) Römerstraße 150 Asylbewerber im Jahr 2016 untergebracht, im Jahr 2018 waren es 114, in der GU Schildgasse waren 450 Asylbewerber (2016) und 204 im Jahr 2018 versorgt. 208 Geflüchtete haben bis Ende 2018 selbständig eine Anschlussunterbringung gefunden, 51 hat die Stadt eingewiesen.